

Wird auf Indonesien aufmerksam gemacht?

Bericht aus Berlin und Bonn

Im April 1990 haben zwei Konferenzen in der BRD und in West-Berlin stattgefunden, die mit Indonesien bzw. mit der gegenwärtigen Lage im Land zu tun hatten. Beide - von der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) initiierte - Konferenzen wurden durch Nichtregierungsorganisationen (NRO) durchgeführt.

Vom 4.4. bis 7.4. 1990 fand in Berlin ein bilaterales Treffen zwischen indonesischer NRO und der FNS statt. Von indonesischer Seite waren 24 Personen beteiligt, die indonesische NRO, das Nationale Institut der Wissenschaften und das Umweltministerium vertraten. Von deutscher Seite waren überwiegend Mitglieder der FDP und ein paar Akademiker der Technischen Universität (TU) Berlin beteiligt. Anwesend war auch ein Gastreferent aus den Philippinen, der die Haribon-Stiftung in Manila, deren Präsident er ist, vertrat.

Die Gespräche und Diskussionen waren auf den Austausch von Ideen und Erfahrungen im Umweltschutz bzw. mit der sogenannten nachhaltigen Entwicklung ("sustainable development") angelegt, und zwar in Hinblick auf das, was in diesen Bereichen im Norden und Süden bisher unternommen worden ist. Diskussionsmaterialien wurden durch Beiträge beider Seiten geliefert. Von deutscher Seite sprachen Dr. *Manfred Vohrer*, Mitglied der Liberalen im Europäischen Parlament, über "die Hauptelemente der liberalen Umweltschutzstrategie für Europa und die Dritte Welt", Prof. Dr. *Michael Succow* über die "Umweltprobleme, die sich aus einer unvorsichtigen Industriepolitik ergeben haben", Dr.

aktive zu knüpfen. Die fehlenden kontinuierlichen gewerkschaftlichen Gesprächspartner hätten dazu geführt, daß sie über die Situation der Arbeiterbewegung und den Arbeitsbedingungen in Thailand wenig übermitteln konnten. Nicht selten sei die Sprachbarriere daran beteiligt gewesen.

Zur weiteren **Perspektive** der Zusammenarbeit wurde betont, daß die Gewerkschaften vielmehr international arbeiten müßten, indem sie gegenseitig Informationen austauschen, um gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Die Gruppe versicherte auch, die Publikationen, die sie selbst veröffentlichen, an die Infostelle weiterzuleiten.

Eine Gegenbesuchsgruppe unter dem Thema "Arbeiterbewegung und Gewerkschaften" sei herzlich willkommen. (nach Protokollen zusammengefaßt von **Hye-Sook Chang**)

Von der Südostasien Informationsstelle wird in Kürze ein ausführliches Protokoll zu der thailändischen Besuchsgruppe erstellt. Wer sich mehr Informationen über den Besuch wünscht, kann sie bei uns beziehen.

Hans-Peter Schipulle vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) über "Schutz der tropischen Regenwälder durch eine Schuldenerlaßpolitik" und Prof. Dr. *Werner Siebel* von der TU Berlin über "Neuerungen und Versagen in der Industriegesellschaft: Überlegungen unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes".

Auf indonesischer Seite traten auf: Herr *Kismadi* vom Umweltministerium mit einem Beitrag über "Umweltpolitik in Indonesien und ihre sozialen, ökonomischen und politischen Hindernisse", *Zulkarnaen* von Walhi, dem indonesischen Umweltzentrum, mit einem Beitrag über "Strategien und Erfahrungen in den ökologischen Bewegungen und deren Verhältnis zu Umweltschutzpolitik und 'nachhaltiger Entwicklung'" sowie *Ignas Kleden* von der Gesellschaft für Politische und Wirtschaftliche Studien (LP3ES), Jakarta, der über Ergebnisse der 1989 vorgenommenen Forschungen und Diskussionen in Jakarta über "nachhaltige Entwicklung" berichtete.

Einige interessante Höhepunkte der Diskussionen sind hervorzuheben. In den europäischen Ländern werden zur Förderung des Umweltschutzes vor allem zwei verschiedenartige Maßnahmen getroffen: Marktmaßnahmen und Rechtsmaßnahmen. Durch sie wird geregelt, daß jeder Verstoß gegen Umweltschutzregelungen rechtlich sanktioniert und daß jede Umweltschutzinitiative (z.B. Recycling der Industrieabfälle) mit Leistungsprämien belohnt wird. Bis jetzt gibt es noch kein politisch-ökonomisches Instrument, mit dem man die maximale Höhe des Wirtschaftswachstums zugunsten der Ressourcen kontrollieren kann.

Was die Entwicklungsländer angeht, sind drei Hauptaspekte der "Nachhaltigkeit" festgestellt worden, die jedoch zueinander inkompatibel sind und daher die Durchführung der "Nachhaltigkeit" problematisch machen. Diese drei Aspekte sind ökonomische Nachhaltigkeit, die hauptsächlich an einem stabilen Wirtschaftswachstum orientiert ist, physische Nachhaltigkeit, die die Bewahrung der Naturressourcen betrifft, und soziale Nachhaltigkeit, in der die Tragfähigkeit der sozialen Institutionen auf dem Spiel steht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß man den Schwerpunkt auf eine bestimmte "Nachhaltigkeitssorte" nur auf Kosten der anderen legen kann. Wollte man beispielsweise das Wirtschaftswachstum fördern, müßte man also die physische und soziale Nachhaltigkeit beeinträchtigen, und umgekehrt.

Die tropischen Regenwälder haben große Aufmerksamkeit erhalten. Es besteht jedoch ein Gegensatz zwischen einerseits dem internationalen Interesse an der Bewahrung der tropischen Regenwälder und deren Bedeutung für die Bewältigung der globalen Umweltkrise und andererseits den nationalen Eigeninteressen der Entwicklungsländer (einschließlich Indonesien), die die Regenwälder

als wichtige Ressource für ihre Holzproduktion ansehen. Nach Daten der Welt-ernährungsorganisation (FAO) gibt es in jedem Jahr einen Verlust von 11,5 Mio. ha Waldfläche (die halbe Fläche der Noch-BRD), von der 7,5 Mio. ha mit tropischem Wald bewachsen ist. Auf der anderen Seite machen Holzprodukte das dritt wichtigste Exportgut für Indonesien aus (an erster bzw. zweiter Stelle Erdöl und -gas).

Zwei Fragen ergaben sich daraus. Erstens: Sind die Ursachen des Treibhauseffekts hauptsächlich in den Entwicklungsländern oder in den Industrieländern zu finden? Zweitens: Wie kann man die Zerstörung der tropischen Regenwälder stoppen oder bewältigen? Nach einjähriger Untersuchung einer vom Bundestag beauftragten Kommission ist festgestellt worden, daß die Hauptursachen des Treibhauseffekts in den Industrieländern liegen. Trotzdem muß die Zerstörung der tropischen Regenwälder aus ökologischen Gründen gestoppt werden, wobei der Schuldenerlaß als eine mögliche Maßnahme zur Lösung der Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer vorgeschlagen wurde.

Vom 9.4. bis 11.4. 1990 fand in Bonn die INGI-Konferenz statt. INGI steht für "International NGO Forum on Indonesia" (Internationales NRO-Forum über Indonesien) und funktioniert als privates Gegenstück für die multi- und überstaatliche *Intergovernmental Group on Indonesia* - IGGI¹. INGI wurde 1985 gegründet und ist als NRO-Lobby für IGGI-Tätigkeiten angelegt. Seine Mitglieder kommen aus NRO in Indonesien und IGGI-Mitgliedsländern, von internationalen Organisationen oder Stiftungen, die sich für Indonesien interessieren, oder sind Einzelpersonen ohne institutionelle Mitgliedschaft, meist Menschenrechtsaktivisten oder engagierte Intellektuelle.

Die Konferenz in Bonn war das insgesamt sechste INGI-Treffen und das erste, das in Deutschland abgehalten wurde. Beteiligt waren 22 NRO aus Indonesien und 28 Organisationen aus IGGI-Mitgliedsländern. Doppelziel der Konferenz war, die Initiativen von Bürgern für die Entwicklung in Indonesien zu stärken und das IGGI-Konsortium auf das Problem der Armut und Unterprivilegiertheit der Mehrheit der indonesischen Bevölkerung aufmerksam zu machen. Wie stets wurde am Ende des Treffens ein politisches Dokument in Form eines *Aide Memoire* verfaßt und verbreitet und durch eine Pressekonferenz bekanntgemacht. Das Dokument beinhaltet die Ideen und Positionen, die während der Konferenz vorgebracht wurden, und richtete sich hauptsächlich an das IGGI-Konsortium. Wie stets machen den Text drei Teile aus: eine Einführung über die allgemeine Zielsetzung des INGI-Unterfangens und das Ziel der diesjährigen Konferenz, eine Reihe von Beobachtungen über die aktuelle Entwicklungslage in Indonesien samt allen möglichen politischen Verflechtungen sowie einige Empfehlungen, sowohl an die Adresse der indonesischen Regierung gerichtet als auch an alle möglichen Institutionen, die an der Entwicklung Indonesiens interessiert sind. Alle INGI-

Dokumente sind beim INGI-Sekretariat in Den Haag und in Jakarta erhältlich. Einige Punkte der INGI-Beobachtungen und Empfehlungen sind nennenswert.

Beobachtungen

- Trotz des unbestreitbaren Wirtschaftswachstums in Indonesien muß man zugeben, daß es noch zu viele arme Menschen in Indonesien gibt, was sich aus der Tatsache ergeben mag, daß die jetzige Entwicklungspolitik Indonesiens noch nicht besonders zugunsten der Unterprivilegierten durchgeführt wird. Das Verbot der Fahrradrikschas (becak) und des Strassenhandels in Jakarta sind aktuelle Beispiele dafür.

- Die Entwicklungspolitik der indonesischen Regierung hat bis jetzt zu wenig auf den Umweltschutz Rücksicht genommen, was u.a. zu einer merklichen Zerstörung der tropischen Regenwälder geführt hat.

- Das Wirtschaftswachstum und die großen Leistungen der indonesischen Regierung auf diesem Gebiet fallen noch nicht mit einer entsprechenden Durchsetzung der Grundrechte zusammen. Bei der Förderung der Industrialisierung z.B. sind die Rechte der Arbeiter, sich zu organisieren, noch außer Betracht gelassen.

- Nach INGI-Beobachtung werden in Indonesien und einigen IGGI-Mitgliedsländern noch Todesurteile verhängt und ausgeführt. INGI ersucht die Regierungen Indonesiens und jener Länder um Gnade für diejenigen, die noch einer Hinrichtung entgegensehen.

Empfehlungen

- Eine verantwortliche Entwicklungspolitik muß an ökonomischer, sozialer und physischer Nachhaltigkeit orientiert sein. Um die tatsächliche Durchführung einer solchen Entwicklungspolitik zu ermöglichen, muß man in der Berechnung des Wirtschaftswachstums auch die Zerstörung der Ressourcen einkalkulieren.

- Die Partizipation des Volkes in jeder Stufe des Entwicklungsprozesses muß ermöglicht und garantiert werden. Die entsprechenden Gesetze, die die Partizipation noch nicht ermöglichen, müssen unbedingt verändert werden. INGI stellt eine zunehmende Aufmerksamkeit von indonesischer Regierung und indonesischen Unternehmen für die Entwicklung Ost-Indonesiens fest. Dabei müssen aber die folgenden Punkte beachtet werden: a) Bei der Durchführung dieser "Ostpolitik" müssen die Partizipationsrechte der betroffenen Menschen samt ihren spezifischen kulturellen, sozialen und ökologischen Charakteristiken respektiert werden. b) Die Entwicklung in Ost-Indonesien sollte nicht die Fehler wiederholen, die in der Entwicklung West-Indonesiens begangen worden sind. c) Vor der Durchführung der "Ostpolitik" müssen die Fähigkeiten der lokalen Verwaltung gefördert werden, damit diese die o.a. Vorbedingungen durchsetzen kann.

- Der Informelle Sektor muß geschützt und seine Rolle in der Wirtschaft muß für legitim erachtet werden.

- Die Partizipation der Frauen an der Ent-

wicklung durch ihre produktive und reproduktive Rolle muß gefördert werden. Regelungen, die diese Partizipation verhindern, müssen aufgehoben werden.

- Informationspolitik muß an den folgenden Prinzipien orientiert sein: a) Es muß klargestellt werden, welche Informationen und Dokumente für vertraulich gehalten werden können und aus welchen Gründen sie als vertraulich behandelt werden sollen. b) Informationen bezüglich der physischen, institutionellen und ökonomischen Aspekte der multilateralen Entwicklungsbanken oder der bilateralen Operationen von Entwicklungsorganisationen dürfen nicht als vertraulich behandelt werden. c) Jedes IGGI-Mitgliedsland sollte Informationsbeamte haben, die für Nachfragen zur Verfügung stehen.

- INGI macht sich Sorgen um das Schicksal der meisten Arbeiter in Indonesien. Lange Arbeitszeiten, niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen kommen immer noch vor, INGI ruft die Regierung Indonesiens auf, die Rechte der Arbeiter, sich zu organisieren, zu schützen und die jene Rechte einschränkenden Regelungen zu ändern.

Ignas Kleden

Der Verfasser ist Mitarbeiter der Gesellschaft für Politische und Wirtschaftliche Studien (LP3ES), Jakarta, und Redakteur der von dieser herausgegebenen Zeitschrift PRISMA (indon. Ausgabe).

Anmerkungen

1 IGGI setzt sich zusammen aus Vertretern mehrerer Industrieländer (v.a. Japan, USA, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, BRD) sowie von internationalen Organisationen (v.a. Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank, UN-Entwicklungsprogramm)

Glückwunsch zur 100. TAPOL-Ausgabe

Dritte Welt-Arbeit ist häufig Modewellen unterworfen. Wer 17 Jahre für Menschenrechte in einem Land kämpft, das sich fast ebenso lang fern vom Rampenlicht des Weltinteresses gehalten hat, kann dies nur aus tiefster eigener Betroffenheit tun: Wir gratulieren (soweit dies hier das passende Wort ist) *Carmel Budiardjo* aus London, mit der die Aktivitäten der Organisation TAPOL stehen und fallen, zur 100. Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift. TAPOL - dieses Wort steht für *tahanan politik* - politischer Gefangener, und mit den *tapols* hatten 1973 die Aktivitäten auch begonnen.

Zehntausende von politischen Gefangenen waren damals infolge des Putsches von 1965 hinter Gitter und auf die Insel Buru verbannt. Ende der 70er Jahre kam auf internationalen Protest hin ein Großteil von ihnen frei. Doch damit sahen Carmel Budiardjo und "TAPOL - The Indonesia Human Rights Campaign" ihre Aufgabe nicht als beendet an. Sie haben nicht nur das Schicksal der Ex-Tapols weiterverfolgt, sondern sich auch für die Völker in Ost-Timor und West-Papua eingesetzt.

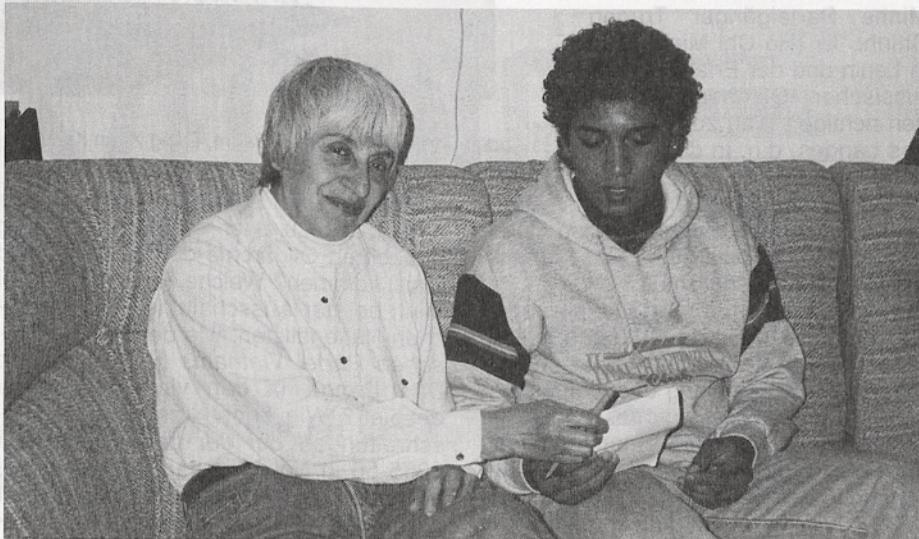
TAPOL begleitete kritisch die Transmigrationspolitik der indonesischen Regierung und stand und steht auf seiten der Verlierer in großen Landkonflikten und auf seiten der jungen Leute, die auch heute

noch ihre vorsichtigen Proteste gegen das Regime mit ihrer Freiheit bezahlen müssen.

Kurz: Ohne die Zeitschrift TAPOL wäre die internationale Solidarität für Indonesien um eine ihrer wichtigsten Stimmen ärmer.

Wir wünschen Carmel Budiardjo und ihren MitarbeiterInnen für ihre weitere Arbeit Unterstützung und Erfolg.

Die SOAI-Redaktion



Carmel Budiardjo mit Nito Gasmaro

Foto: SOA